

DARMSTADT

Zum Artikel „Darmstädter Herrngartenteich kann wieder durchatmen“:

Blaues Band

„Größere Veränderungen und Eingriffe sind schwierig umzusetzen“, heißt es im Artikel. Und: „Die Möglichkeiten, den Teich ökologisch fit zu machen, sind also begrenzt.“ Dies stimmt sicherlich, solange man eine grundlegende und nachhaltig wirkende Maßnahme außer Acht lässt: die Einleitung des Darmbachs (nebst Meiereibach) in den Teich. Man redet seit Jahren darüber, es ist Zeit, sie jetzt endlich umzusetzen. Damit würden nicht nur die wiederkehrenden Kosten für Abfischung und Nachfüllung vermieden, sondern zudem noch die erheblichen (und unnötigen) Kosten der Klärung von sauberem Wasser, die jedes Jahr den Haushalt der Stadt mit mehr als 2 Mio. Euro belasten. Es ist daran zu erinnern, dass die StaVo zum Thema Darmbach bereits im Juli 2015 eine „weitgehend offene Führung in Grünanlagen“ beschlossen hat. Durch den Wiederanschluss des Meiereibachs an den Darmbach im Botanischen Garten würde zudem die Badequalität im Woog in Zeiten, in denen der Darmbach trockenfällt, gesichert: Der Meiereibach führt das ganze Jahr Wasser! Bislang fließt er ungenutzt in die Kanalisation. Die Verschwendung von kostbarem Trinkwasser zum Auffüllen des Teichs kann man heute jedenfalls nicht mehr vertreten. Neben den finanziellen Gesichtspunkten muss auf den ganz erheblichen Gewinn für die ökologische Vielfalt hingewiesen werden, der durch ein offenes Fließgewässer im Stadtzentrum erreicht wird. Ein blaues Band durch den Herrngarten wäre eine Freude für Jung und Alt!

Jan-Martin Roth
Darmstadt

Zum Artikel „Gehweg wird umgestaltet“:

Normaler Wahnsinn

Im ECHO-Artikel vom 30.5.2026 wird über die Umgestaltung des Gehwegs bei der Postfiliale an der Heidelberger Straße berichtet. Die dort befindlichen Parkplätze sollen von Schräg- in Längsparkierung umgewandelt werden. Aus 21 werden dann neun Parkplätze. Parallel hierzu gibt es wie bisher noch Längsparkplätze auf der Heidelberger Straße. Bislang ist mir auf dem Gehweg noch niemals zu wenig Platz für Mütter mit Kinderwagen oder Passanten mit Fahrrad aufgefallen. Ich kann mich auch nicht erinnern, geparkte Autos zu weit auf dem Gehweg gesehen zu haben. Der Verlust von 12 Parkplätzen wird sowohl für die Anwohner als auch für die Kunden der Post spürbar werden. Bislang gab es meist auf der Heidelberger Straße genug Parkmöglichkeiten in der Nähe. Das wird sich nun ändern. Ich glaube, dass mit dieser fragwürdigen Umgestaltung keine großen Vorteile für Passanten einhergehen, aber viele Nachteile für Anwohner und Postkunden.

Prof. Dr. Tilman Hoppstock
Darmstadt

Zur Kritik an Polizeieinsatz bei Demonstration gegen AfD:

Pauschales Urteil

Der AfD-Stand im Süden Eberstadts fand ausgerechnet dort statt, wo die Partei bei Wahlen besonders hohe Ergebnisse erzielt hat. Dass es daraufhin zu einer Gegen-

demonstration kam, überrascht nicht. Viele Menschen wollten zeigen, dass es politische Alternativen gibt und dass rechtsextreme Positionen nicht unwidersprochen bleiben dürfen. In dieser Situation musste die Polizei die Versammlungsfreiheit und damit die demokratische Meinungsvielfalt schützen – auch gegenüber Kräften, die demokratische Prinzipien selbst infrage stellen. Dabei denke ich an den Satz von Kant: „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“ Demokratie bedeutet eben auch, Meinungen auszuhalten, die man entschieden ablehnt. Das gehört zum schwierigen Auftrag der Polizei: Konflikte auszuhalten, Grundrechte zu schützen und zwischen politischen Lagern zu stehen. Dass die südhessische Polizei sich dabei auch Kritik gefallen lassen muss, gehört ebenso zu einer offenen Gesellschaft. Wenn das Dezeranat Wandrey nun von einem „System linker Gruppen gegen die Polizei“ spricht, erinnert mich das an frühere Fälle, in denen problematische Entwicklungen innerhalb der Polizei selbst thematisiert wurden. So wurde 2022 im Polizeipräsidium Südhessen gegen mehrere Beamte wegen mutmaßlich rechtsextremer Inhalte in Chatgruppen ermittelt. Auch nach dem rechtsextremen Anschlag in Hanau gab es massive Kritik am Verhalten der Sicherheitsbehörden und zahlreiche offene Fragen zu Polizeieinsätzen und Versäumnissen. Gerade deshalb sollte die Kritik des Bündnisses gegen Rechts ernst genommen und nicht vorschnell abgetan werden. Wenn ein Ordnungsdezernent pauschal von einem „System“ gegen die Polizei spricht, wirft das eher die Frage auf, wo er steht.

Thea Miltenberger
Darmstadt

Zum Kommentar zum Schlossgrabenfest:

Stadt ist für alle da

Dieser Kommentar ist gelinde gesagt eine Frechheit. Von tagelang erhöhter Luftverschmutzung durch Staus und Einschränkungen in den anliegenden Vierteln durch Parkplatz-Tourismus will ich gar nicht reden. Das erste lange Wochenende mit lauen Aben-

den ...das abends auf dem Balkon genießen? Geht nicht, da die halbe Stadt beschallt wird. Abends Fenster auf für diejenigen, die früh ins Bett gehen? Geht nicht, da zu laut. Irgendwo in der Peripherie gemütlich draußen die lokale Gastronomie unterstützen? Geht nicht, da Verkehrschaos und zu laut. Wir nehmen das in Kauf, damit der Veranstalter profitiert? Darmstadt ist für alle da und kein Festivalgelände, das nur gegen Cash zu haben ist. Wenn Musikfest, dann lokal, niederschwellig, nachhaltig für die Darmstädter und Umgebung. Das war das Schlossgrabenfest auch mal. Lustig, dass diejenigen das Fest offiziell unterstützen, die keinen Eintritt zahlen und außerhalb der Innenstadt wohnen.

Gudrun Walker-Haber
Darmstadt

Zum Artikel „Geheimnis um Osthang-Studie“:

Gammeliger Ort

Zwischen Stolz auf Darmstadt und Zweifel am Osthang: Ich bin kein gebürtiger Darmstädter, lebe aber seit mehr als 40 Jahren in der Stadt. Anfangs war Darmstadt für mich keine Liebe auf den ersten Blick. Heute zeige ich die Stadt unseren Gästen aus dem In- und Ausland mit großem Stolz – z.B. das Unesco-Welterbe auf der Mathildenhöhe, das Hofgut Oberfeld und den Ostwald. Diesen Stolz können unsere Besucherinnen und Besucher nachvollziehen. Anders ist es, wenn sie das bauliche Ensemble der Bürgerinitiative „Osthang bleibt“ sehen. Erkläre ich dann, dass es sich um einen kulturell wertvollen Ort handelt, dessen Schutz in Darmstadt gefordert wird, reagieren sie mit Zweifel. Auch mein Hinweis, es handle sich um einen alternativen, basisdemokratischen Kulturort mit Grünfläche, überzeugt sie nicht. Stattdessen fragen sie, ob sich für ein solches Experiment nicht ein geeigneterer Ort finden ließe – etwa ein Recycling-Garten. Ich muss einräumen, dass auch ich Schwierigkeiten habe, am Osthang den kulturellen Wert des baulichen Ensembles der Bürgerinitiative und deren sichtbare Aktivitäten zu erkennen. Der offizielle Umgang mit diesem alternativen Ort erinnert mich an Hans Christian Andersens Märchen

„Des Kaisers neue Kleider“. Aus Angst, als unfähig zu gelten, basisdemokratische alternative Kultur zu verstehen, oder gar als intolerant gegenüber entsprechenden Denkweisen wahrgenommen zu werden, traut sich niemand auszusprechen, dass das ein gammeliges Ort ist, dessen kultureller Wert für die demokratische Mehrheit nicht erkennbar ist.

PD Dr. Jürgen Kramer
Darmstadt

Zum Artikel „Was die Bürger fragen“:

Faktengrundlage

In einer Demokratie erwarten die Bürger, dass alle politischen Entscheidungen auf Grundlage nachvollziehbarer Fakten getroffen werden. Immer wenn die eigene Wahrnehmung den offiziellen Erzählungen widerspricht, kommen Fragen auf. Informationsfreiheitssatzungen erkennen das Recht des Souveräns, also des Bürgers, auf Antworten an. Dass die Auskunftspflicht Behörden und Amtsträger so sehr belastet, wie in dem Artikel dargestellt ist, deutet auf zwei Probleme hin: auf Grenzen der Ressourcen wie auch der Bereitschaft, gewisse Fragen zu beantworten. Wenn der Aufwand, Daten aus verschiedenen Quellen zusammenzuführen, die Verwaltung stark herausfordert, ist das natürlich lästig. Aber wenn man die Chance nutzt, anhand konkreter Beispiele strukturelle Schwächen im Datenaustausch zu identifizieren und Abläufe zu ertüchtigen, kommt das nicht nur den Menschen im Rathaus, sondern allen Bürgern zugute. Auch das ist Demokratieförderung! Die zweite Frage ist politisch brisant: Will man sich vor bestimmten Tatsachen wegducken, die der selektiven Wahrnehmung widersprechen, in der man sich bequem eingerichtet hat? Fakten sollten dazu dienen, die eigene Haltung zu überprüfen. Eine Haltung ohne Faktengrundlage ist unglaubwürdig. Fragen zu delegitimieren und Antworten zu verweigern, führt nur dazu, dass sich falsche Sichtweisen verfestigen. Die gilt es sachlich zu widerlegen. Es darf keine Rolle spielen, wer die Fragen stellt und aus welchen Motiven. Eine bestehende Informa-

tionsfreiheitssatzung außer Kraft zu setzen, wie im Landkreis DA-DI geschehen, ist ein falsches Signal. Wenn gewählte Bürgervertreter ihre Mehrheit nutzen, um zuvor eingeräumte Freiheiten einzuschränken, sobald sie in Anspruch genommen werden, ist das fatal für das Vertrauen in die Demokratie.

Peter Horn
Darmstadt

GROSS-GERAU

Zum Thema Rad- und Fußwegbrücke:

Kondition gefragt

„Warum muss man da mit dem Rad drüber?“, fragte der Ausschussvorsitzende. Nun, wer selten oder gar nicht mit dem Fahrrad unterwegs ist, kennt die Tücken und Umwege nicht, mit denen Radler zu kämpfen haben, die eine Autobahn überqueren wollen oder müssen. Es gibt einfach keine praktikablen und nahegelegenen Alternativen, um auf die andere Seite der A67 zu gelangen. Die nächste Möglichkeit wäre die große Brücke, an der sich direkt die Autobahnauf- und -abfahrten befinden. Ich habe schon Radfahrer gesehen, die es gewagt haben, diese Überführung zu nehmen. Dazu braucht es neben Nerven wie Drahtseilen die Kondition eines Hochleistungssportlers, um im wahrsten Wortsinn nicht unter die Räder zu geraten. Ansonsten gibt es noch eine Brücke nördlich, die nach Klein-Gerau führt, also eher entgegen der Richtung Weiterstadt. In der Richtung wäre die nächstgelegene Überquerung erst südlich der Autobahnrampe möglich. Dort landet man allerdings im Niemandsland beim Knast, wo man bestenfalls mit echter Geländeaustattung vom Fleck kommt. Fazit: Je rascher die Planung und Umsetzung einer Rad- und Fußgängerbrücke neben der kleinen Landstraßenbrücke voranschreitet, umso besser!

Dirk Piosek
Groß-Gerau

Zu „Rüsselsheimer OB entfernt Antifa-Aufkleber“:

Generalisierung

Aus seinen Rechtfertigungen,

Kommentaren und bilateralen Gesprächen, lässt sich nur ableiten, dass Oberbürgermeister Patrick Burghardt sich schlichtweg nicht der Tragweite seiner Sticker-Aktion bewusst war und es weiterhin auch nicht ist. Das Bild, das der Oberbürgermeister von der Antifa zeichnet, basiert auf einer Generalisierung: Zivile, bürgerliche und demokratieverteidigende Initiativen und Personen werden mit linksradikalen und autonomen Gruppierungen in einen Topf geworfen und als Gesamtheit zu Extremisten deklariert. Keine Differenzierung, keine Beratungsbereitschaft, keine Entschuldigung, dass so etwas einen Aufschrei und Kritik nach sich zieht, ist nicht vom Himmel gefallen. Viel schlimmer jedoch ist der massive Vertrauensverlust zum Oberbürgermeister, der zugleich Kulturdezernent ist! Die ganze Aktion ist letztlich ein Schlag ins Gesicht für Kulturschaffende, Vereine und Institutionen, welche mit ihrer kulturellen Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen. Wenige Wochen noch vor dem geposteten Video eröffnete Burghardt stolz die vierte Auflage des Bel R! Festivals am Landungsplatz – eine Veranstaltung, die in ihrem Kern zu tiefst antifaschistisch aufgestellt ist – nur um Wochen später zu argumentieren, dass er die antifaschistische Aktion ablehnt. Absurd, widersprüchlich und destruktiv. Nachdem nun Kulturstatsminister Wolfram Weimer auf Bundesebene einen Kulturkampf gegen antifaschistische Kräfte verfolgt, zieht der Rüsselsheimer OB nun offenbar nach und bedient sich bei Narrativen und Argumentationen der Rechtspopulisten und -extremisten, die die Antifa zur linksextremen Organisation generalisieren. Herr Burghardt: Demokratie ist Antifaschismus! Kulturarbeit ist Antifaschismus! Rüsselsheim ist Antifaschismus!

Christian Bihn
Rüsselsheim

BERGSTRASSE

Zu „CDU ist heiß auf Erdwärme“:

Bloße Schlagworte

Transparenz oder längst entschieden? Mit Interesse habe ich den Bericht über den Be-

such des Bundestagsabgeordneten Michael Meister beim GeoLaB-Projekt auf der Tromm gelesen. Auffällig ist, dass immer wieder von Transparenz und Bürgerbeteiligung die Rede ist. Viele Bürger fragen sich inzwischen, ob diese Begriffe mehr sind als bloße Schlagworte. Wichtige Veranstaltungen werden oft nicht über die üblichen Informationskanäle angekündigt. Wer nicht zufällig davon erfährt, bleibt außen vor. Gleichzeitig wird deutlich, dass Behörden und politische Entscheidungsträger längst eingebunden waren. Die Gemeinde Rimbach begleitet das Projekt aktiv. Der Kreis Bergstraße dokumentierte bereits 2023 einen „Austausch und Unterstützung in Vorbereitung für das GeoLaB“. Wenn seit Jahren Vorbereitungen laufen, warum werden Bürger oft erst informiert, wenn wesentliche Entscheidungen offenbar längst vorbereitet sind? Der Vertrauensverlust entsteht nicht durch kritische Fragen. Er entsteht dort, wo Transparenz versprochen wird, Informationen aber nur verspätet an die Öffentlichkeit gelangen. Viele Menschen gewinnen dadurch den Eindruck, dass Bürgerbeteiligung vor allem der Akzeptanz bereits festgelegter Pläne dient. Besonders brisant sind die Aussagen zum Grundwasser. Restrisiken können nicht ausgeschlossen werden. Professor Sass erklärte zudem, es werde „sicher einen Einfluss auf das Grundwasser geben“. Beim Trinkwasser darf es nicht um akzeptable Risiken gehen. Die Frage lautet, warum überhaupt Risiken eingegangen werden sollen. Wer übernimmt die Verantwortung, wenn sich die Risiken eines Tages als Realität erweisen?

Bianca Bröcheler
Rimbach

ODENWALD

Zum Artikel „Werkzeugkasten für den Wald“:

Kontraproduktiv

Vielen Dank den Forstämtern, dass sie sich kümmern. Dem Bericht entnehme ich, dass auch (vermeintliche) Kleingkeiten für den Schutz des Waldes existentiell sind. Umso mehr frage ich mich, warum wir ausgerechnet in unseren fragilen, hochgefährdeten Wäldern immer mehr Windräder bauen müssen. Selbst dem Laien erschließt sich, dass massiver Wegebautbau, Bodenverdichtung, das großflächige Fällen intakter Bäume, tausende Tonnen Stahlbeton und die Emissionen während des Betriebs kontraproduktiv für die Gesundheit des Waldes und damit für uns sind.

Reinhard Rothe
Fränkisch-Crumbach

INFORMATIONEN

► Wir können nur Leserbriefe berücksichtigen, die uns über das Online-Formular erreichen: www.echo-online.de/leserbrief

► Aufgrund der Fülle an Einsendungen können wir **nicht alle Zuschriften veröffentlichen**. Ein Recht auf Abdruck besteht selbstredend nicht.

► **Nicht abgedruckt** werden Leserbriefe mit volksverhetzenden, rassistischen und anderen rechtswidrigen Inhalten.

► Die Zuschriften dürfen die Länge von 1800 Zeichen nicht überschreiten – wir behalten uns das Recht einer **sinnwahren Kürzung** vor.

► Die veröffentlichten Leserbriefe stellen die **Meinung des Einsenders** dar.

► Sie erreichen uns unter: chefredaktion-echo@vrm.de